

NACH DER DEMO KRATIE

21. BIS 27.
SEPTEMBER 2009

Freie demokratische Wahlen sind das höchste Gut der westlichen Welt, Wahlfreiheit gilt als Persilschein demokratischer Länder. Seit Anfang der 90er Jahre haben sich in Teilen der vormaligen Sowjetunion, in Südafrika, Südkorea und einigen Ländern des Fernen Ostens demokratische Verfassungen gebildet, die mindestens das entscheidende Kriterium von Demokratie übernehmen: freie Wahlen. Existierende Demokratien sind aber – nicht erst seit der Finanzkrise – wegen der engen Verknüpfung von Demokratie und Kapitalismus in die Kritik geraten. Der englische Politikwissenschaftler Colin Crouch beispielsweise behauptet, wir lebten in postdemokratischen Zeiten, „nach der Demokratie“ also. Demokratische Institutionen werden als Spektakel inszeniert und aufgeführt, dahinter aber ziehen die globalen Konzerne die Strippen. Obschon Crouch seinen Begriff an der postindustriellen Gesellschaft orientiert, in der Industrien zwar weiterhin eine große Rolle spielen, das Zentrum von Wirtschaft aber nicht mehr um sie organisiert sei, beschreibt er eine Verfallsgeschichte von Demokratie. Es werden weiterhin Wahlen abgehalten, diese aber inszenieren Werbeleute als Spektakel, das vor allem den Interessen einer global organisierten Wirtschaft dient – so Crouch. Ähnlich argumentiert auch Slavoj Žižek, der davon spricht, dass wir in einer „konstitutionellen Demokratie“ lebten, analog zur konstitutionellen Monarchie. Der US-Wahlkampf im letzten Jahr hatte medialen Glamour, dennoch verband sich mit der Wahl von Barack Obama die Hoffnung auf Veränderung, schien Demokratie zu gelingen. Hierzulande aber haben sich die Volksparteien in einem Maße einander angenähert, das sie in vielen Punkten ununterscheidbar werden lässt. Wenn wir Ende September wieder einmal zur Wahl schreiten und die Stimme abgeben, was geschieht dann eigentlich? Haben wir die Chance, etwas zu beeinflussen, oder hat eher der französische Philosoph Alain Badiou recht, der sagt, die Stimmabgabe sei der perfekte Weg zur Selbstentmachtung – ist sie einmal abgegeben, hat man wirklich nichts mehr zu sagen. „Nach der Demokratie“ wäre dann eine offene Frage. Befinden wir uns wirklich im postdemokratischen Zeitalter und was bedeutet das? Ist die Demokratie noch zu retten und welche Rolle spielen dabei NGOs und welche die Parteien? Diesen Fragen widmen sich auch die Vorträge von Chantal Mouffe und Herfried Münkler. Im fiktiven Staat „Koreta“ entscheiden Zufallsoperationen die Wahl und Patrick Wengenroth behauptet bei seiner ganz persönlichen Wahlparty: „Hurra, wir wählen noch!“

Stefanie Wenner, Kuratorin

HAUEINS
HAU ZWEI
HAU DREI

DER MORGEN DANACH WARUM WIR BEREITS IN DER POSTDEMOKRATIE LEBEN

VON COLIN CROUCH

Eine Massendemokratie funktioniert nur, wenn es Parteien mit eigener Stammklientel gibt und wenn sich die wichtigsten Fragen auf dieser Demokratieebene lösen lassen. Beide Voraussetzungen drohen heute zu verschwinden. Es wird zunehmend schwieriger, echte Unterschiede zwischen den Parteien zu entdecken und die nationale Ebene, die Hauptebene der Demokratie, verliert an Wichtigkeit.

Das erste Problem ist vor allem eine Folge gesellschaftlicher Veränderungen. Die Gesellschaftsordnungen auf der Basis von Schicht oder Religion, welche die Entwicklung der Massendemokratie im 20. Jahrhundert forcierten, haben ihre Bedeutung in den entwickelten Ländern verloren. Dies liegt hauptsächlich daran, dass die neuen Unter- und Mittelschichten der postindustriellen Gesellschaft noch keine autonomen politischen Kanäle und Institutionen geformt haben. Die Parteien versuchen heute, alle potenziellen Wähler aus einer undifferenzierten Masse zu repräsentieren. Spezifische Interessengruppen gab es in der Vergangenheit, Parteien sind aber nur an der Zukunft interessiert. Daher werden ideologische und interessenbasierte Unterschiede reduziert, der Wahlkampf auf der Basis persönlicher Eigenschaften der Parteioberen geführt, mit dem Anspruch, fähiger als die Konkurrenz zu sein. Für die Wähler in einer Repräsentativdemokratie sind dies allerdings keine guten Gründe für eine Wahlentscheidung, müssen sie sich doch fragen: Wer repräsentiert einen Menschen wie mich? In der heutigen Gesellschaft finden wir es ja schon schwierig genug, uns zu fragen: Was für ein Mensch bin ich?

Die Folge dieser Zwangslage ist, dass Wahlkämpfe immer mehr der Werbung für Güter und Dienstleistungen gleichen. Die Politiker entfernen sich von den Institutionen der Zivilgesellschaft, weil sie die Wähler mehr als „Kunden“ begreifen, über welche sie Informationen benötigen, denn als Bürger, mit denen sie selbst das Leben der Zivilgesellschaft teilen. Zunehmend unabhängig von der Gesellschaft bilden sie sich als selbstreferenzielle politische Klasse heraus. Die Einzigen, die enge Verbindungen zu ihnen halten können, sind die Chefs der großen Konzerne, welche jedoch selbst entfernt von der Gesellschaft stehen, besonders da ihre Unternehmen immer globaler agieren. Politiker sind von multinationalen Konzernen zweifach abhängig: erstens, weil sie für Investitionen und wirtschaftlichen Erfolg sorgen, und zweitens, weil sie den Parteien Ressourcen beschaffen. Die Unternehmen wiederum bedürfen der Politiker für günstige Politik und Regulierung. Zusammengenommen führen diese Entwicklungen zu dem Phänomen, das ich „Postdemokratie“ genannt habe. Darin bleiben die Strukturen der Demokratie zwar erhalten, aber das Verschwinden einer gesellschaftlichen Basis des Parteienstreits, die daraus folgende Isolierung der politischen Klasse und die politische Macht der großen Konzerne reduzieren den Bereich der demokratischen Willensbildung. Am deutlichsten erkennt man dieses Modell in den Vereinigten Staaten, wo sich die endlosen Debatten und rücksichtslosen Konflikte über die Nominierung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten fast ausschließlich mit persönlichen Fragen befassen, trotz der Tatsache, dass sich das Land mitten in einer Finanzkrise befindet. Ähnliche Symptome sind in Ländern wie Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien und



An Anthology of Optimism, Foto: Philé Deprez

Japan zu beobachten. Es existieren jedoch Ausnahmen: Ich habe den Eindruck, dass es in Spanien, wo die Demokratie noch jung ist, noch echte Parteien mit gesellschaftlicher Basis gibt. Auch gibt es noch Themen, welche die Isolierung der politischen Klasse durchbrechen können: die Frauen- und Umweltbewegungen beispielsweise oder die populistischen Bewegungen und Parteien, die in jüngerer Zeit in einigen Ländern zu finden sind. Doch im Allgemeinen verschwindet die Parteienpolitik auf gesellschaftlicher Basis. Indem die Demokratie diese Probleme auf nationaler Ebene erlebt, wird auch die demokratische Qualität des Regierens auf globaler Ebene immer schwieriger. Das nationale Modell hängt von der Annahme ab, die Mehrheit der öffentlichen Güter könne auf dieser Ebene ausreichend reguliert werden. Jedoch ist den heutigen Herausforderungen wie Klimawandel, internationalem Handel oder Arbeitsbedingungen nur auf globaler Ebene zu begegnen, wo wichtige politische Institutionen tätig sind – die Vereinten Nationen, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds etwa. Es mangelt nicht an globalen politischen Einrichtungen, sondern an ihrer demokratischen Qualität. Wo sie existiert, ist sie indirekt und formal. So sind einige der Nationalregierungen, welche die Mitglieder jener Organisationen darstellen, demokratisch – die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt aber nicht in Demokratien. Andererseits tauchen die Fragen, mit denen sich diese Institutionen befassen, in den nationalen Debatten kaum auf. Als gewöhnliche Menschen verstehen wir wenig von dem, was auf dieser Ebene geschieht. Wer hingegen alles versteht, was sich auf globaler Ebene abspielt, sind die multinationalen Konzerne, dieselben Konzerne, die auch für die nationale Politik immer wichtiger werden. Entweder schaffen sie sich die internationalen Bestimmungen selbst so, wie sie ihnen passen, oder sie sind zumindest die tatkräftigsten Akteure, wenn es um öffentliche internationale Regulierung – oder Deregulierung – geht. Bei sehr schnell voranschreitenden technologischen Entwicklungen in den Händen von Monopolkonzernen – wie zum Beispiel im Bereich der Informationstechnologie – schaffen einzelne Firmen die internationalen Produktnormen selbst. Für internationale Abkommen laufen diese Prozesse viel zu schnell. Werden solche Abkommen aber unvermeidlich, sind die multinationalen Firmen fast die Einzigen, die eine Tagesordnung haben: Sie sind beinahe die einzigen Instanzen einer weltlichen Zivilgesellschaft, die einzigen weltlichen Staatsbürger. Auch bei der Europäischen Union – die als Weltregionsgremium eines demokratisierten Teils der Welt mit eigenem Parlament demokratischer als alle anderen globalen Institutionen ist – ist ein ähnlicher Prozess zu beobachten. Je schwächer die interne Demokratie der postdemokratischen Länder wird, umso mehr wendet sich die europäische Politik von einer Sozialpolitik zugunsten einer Politik der Markt deregulierung ab. Die riesigen Konzerne werden nicht nur zu den wichtigsten wirtschaftlichen, sondern auch zu den wichtigsten politischen Akteuren. Gleichzeitig bleiben sie frei von den schwierigen Folgen und der Verantwortung einer solchen Position, weil die offiziellen politischen Institutionen – Regierungen und Parteien – theoretisch die einzigen legitimen politischen Instanzen der demokratischen Gesellschaft bleiben. Sie trifft die Schuld, wenn es Fehler gibt, geht aber alles gut, streichen die Konzerne die Rendite ein. Die gegenwärtige amerikanische Finanzkrise hat das sehr klar gezeigt. Doch vielleicht ändert sich die Rolle der großen Firmen als „unbekannte“ politische Akteure allmählich, Politik spielt eine zunehmend größere Rolle. Im Begriff der Corporate Social Responsibility konstatieren die Konzerne selbst, eine gewisse gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, welche nicht gesetzlich festgeschrieben ist. Auch wenn das eigentliche Ziel die Imagepflege für potenzielle Kunden ist, so sind die Tätigkeiten dieser Corporate Responsibility selbst weder wirtschaftlich oder marktkonform, sondern gesellschaftliche und auch politische Entscheidungen. Selbst Regierungen halten Firmen mittlerweile dazu an, eine Politik der Verantwortung zu verfolgen. Nach einem Vierteljahrhundert des Neoliberalismus glauben sie offenbar selbst, dass Firmen in fast allem fähiger sind, als die Politik es ist. Zuletzt ist bereits zu beobachten, dass auch Nichtregierungsorganisationen damit anfangen, sich an Konzerne als politische Konfliktpartner zu richten. [...]

Kann in der Politisierung der Konzerne und im wachsenden Austausch zwischen diesen und den NGOs eine Lösung des Zwillingproblems der nationalen Postdemokratie und fehlender globaler Demokratie gesehen werden? Kaum. Diese neue Politik ist nicht demokratisch. Zwischen der Macht der Großkonzerne und den in Armut arbeitenden kleinen Organisationen herrscht großes Ungleichgewicht. Dennoch gibt es hier eine Vitalität und Neuheit, die man in der normalen Politik nur selten findet. Vielleicht ist dies die Vitalität der Postdemokratie. Und wenn wir irgendwann feststellen, dass die NGOs lieber mit Konzernen als Regierungen sprechen, werden wir wissen, dass wir in der Postdemokratie angekommen sind!

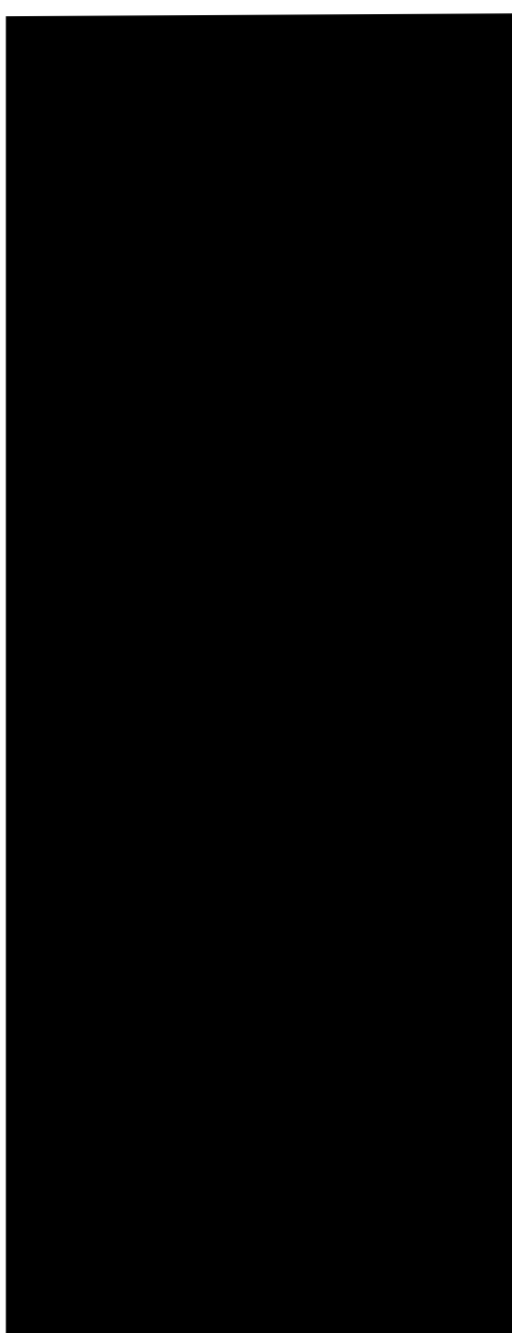
© KULTURAUSTAUSCH. Zeitschrift für internationale Perspektiven III/2008, Institut für Auslandsbeziehungen Berlin.

JENSEITS DER POST POLITIK

Laut der populären These von Ulrich Beck und Anthony Giddens sind wir in eine neue Phase der „reflexiven Moderne“ eingetreten, in der das auf Widersprüchen basierende Politikmodell („adversarial model of politics“) nicht mehr gilt. Diese Behauptung möchte ich in Frage stellen. Ihre Verfechter argumentieren, das konfliktive, alte Modell sei der traditionellen industriellen Moderne, der „ersten Moderne“, angemessen gewesen, während wir jetzt in einer anderen, „zweiten“, Moderne leben, in der Politik „neu erfunden“ und die Betonung auf die „Subpolitiken“ gelegt werden müsse. Es gehe heute um „die Fragen von Leben und Tod“. Die Möglichkeit der reflexiven Moderne impliziert die Eliminierung der antagonistischen Dimensionen der Politik und geht davon aus, dass der Freund-Feind-Gegensatz überwunden sei: Die post-traditionelle Gesellschaft konstruiert ihre kollektiven Identitäten nicht länger als „wir“ und „ihr“, die politischen Grenzen sind gefallen. Jeglicher Versuch, mit den Begriffen rechts und links zu operieren, kollektive Identität auf der Grundlage gemeinsamer Ziele zu bestimmen und einen Gegner auszumachen, wird damit als „archaisch“ diskreditiert. Beunruhigend ist, dass diese Diskurse häufig als die wahrhaft progressiven präsentiert werden, die dem aktuellen Zustand der Demokratie adäquater seien. Faktisch verhindert die Positionierung unserer Gesellschaft in diesem „postpolitischen“ Kontext jedoch die Artikulation möglicher Alternativen zur hegemonialen Ordnung. Die oben formulierte These fügt sich perfekt in die Politik des Dritten Weges ein und unterfüttert ihren Anspruch, sich „jenseits von rechts und links“ zu verorten. Gleichzeitig verhindert sie politisches Denken, politische Fragen und politische Antworten.

Der dominante moralistische Diskurs hat jegliche realpolitische Argumentation verdrängt. Im Kontext der permanenten Reduzierung von Demokratie auf Rechtsstaatlichkeit und die Verteidigung der Menschenrechte ist er allerdings sinnvoll. Es findet ein Verdrängungsprozess statt, den viele als Beweis für eine neue, reifere Phase der Demokratie begrüßen, in der die Moral die Konfrontationspolitik alten Stils ersetzt. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass dies keineswegs der Fall ist. Die Politik mit ihren

CHANTAL MOUFFE



angeblich altmodischen Antagonismen wurde mitnichten von einem höheren Stadium der Moral abgelöst. Im Gegenteil: Die Politik mit ihren Gegensätzen lebt fort. Sie wird schlicht auf das Register der Moral verlagert. Auch sind die Grenzen zwischen „uns“ und „euch“ nicht gefallen. Sie werden vielmehr ständig neu gezogen. Da das „ihr“ jedoch nicht länger mit politischen Begriffen definiert werden kann – denn das adversorische Modell liegt ja vorgeblich hinter uns – beruhen diese Grenzen auf moralischen Kategorien: Sie verlaufen zwischen „uns, den Guten“ und „euch, den Bösen“. Allerdings kann der zentrale Konsens, der uns alle in der sogenannten posttraditionellen Gesellschaft umfassen soll, nur bestehen, wenn es Abgrenzung gibt, denn auf ihr basiert jeder Konsens und jede Bestimmung einer gemeinsamen Identität. Ohne „euch“ gibt es kein „uns“, und „wir, die guten Demokraten“ müssen uns durch die Definition eines „ihr“ absichern. Da „ihr“ jedoch nicht mehr per definitionem der politische Gegner sein kann, greift nur noch die Möglichkeit, „euch“ als moralischen Feind zu identifizieren: Die „Bösen“ seid ihr! Meist bieten sich „Rechtsextremisten“ – eine vage Kategorie, die undifferenziert unterschiedliche Bewegungen von Neonazis über Skinheads bis zu rechtspopulistischen Parteien zusammenwirft – als „die bösen Anderen“ an, die es allein dank der Existenz der guten Demokraten geben muss. Ich behaupte, dass Politik, die auf der Klaviatur der Moral spielt, eine Gefahr für die Demokratie darstellt. Wenn der Gegner nicht mit politischen, sondern mit moralischen Begriffen definiert wird, lässt er sich nicht mehr als Zwirahent oder Widersacher darstellen, den es zwar heftig zu bekämpfen gilt, dessen Legitimität jedoch niemand in Frage stellt, sondern er wird zum Feind. Im Angesicht des „bösen Anderen“ kann die „antagonistische Debatte“ – die ich als zentral für die Demokratie begreifen möchte – nicht stattfinden; vielmehr muss der „böse Andere“ ausgerottet werden. Somit trägt die Behauptung, das Freund-Feind-Modell der Politik sei überwunden, zur Wiederbelebung des antagonistischen Politikmodells bei. Wer das Ende des Antagonismus und den Beginn der Konsensgesellschaft behauptet, fördert nicht eine von lebendigen Widersprüchen geprägte öffentliche Sphäre, die die Demokratie am Leben hält und vertieft, sondern gefährdet sie, denn er schafft die Bedingungen, unter denen Antagonismen entstehen, die von demokratischen Institutionen nicht mehr bewältigt werden können. Eine gut funktionierende Demokratie bedingt die Konfrontation demokratischer politischer Positionen. Wenn die traditionellen demokratischen Parteien keine Leidenschaft mehr schüren können, weil sie den „Konsens ins Zentrum“ stellen, sucht sich die Passion ein anderes Ventil. In einer Gesellschaft ohne dynamische, lebendige Demokratie, in der es die reale Konfrontation und diverse echte Alternativen gibt, entsteht das Terrain für andere, ethnisch, religiös oder nationalistisch geprägte Identitäten, und damit bilden sich Widersprüche, die in dem demokratischen Prozess nicht mehr auflösbar sind. Ich bin überzeugt, dass der postpolitische Konsens, auf den die meisten fortgeschrittenen demokratischen Gesellschaften heute fokussieren, den zunehmenden Erfolg rechts-populistischer Parteien erklärt. Häufig sind sie die einzigen, die das von den traditionellen Parteien formulierte Dogma der „Alternativlosigkeit“ in Frage stellen und versuchen, Leidenschaft zu mobilisieren gegen das „Establishment“, das für niemanden mehr Sorge, nicht auf die Stimme des Volkes höre und die wahren Bedürfnisse der Menschen ignoriere. Die Vorstellung, man könne diese Parteien mit einem moralistischen Diskurs erfolgreich bekämpfen, ist eine gefährliche Illusion, von der wir uns dringend verabschieden müssen.

(Deutsch von Lilian-Astrid Geese)



Wallenstein - eine dokumentarische Inszenierung von RIMINI PROTOKOLL, Foto: Karola Prutek

AUF AUGENHÖHE?

US-ENTWICKLUNGSPOLITIK UNTER BARACK OBAMA

VORTRAG VON JEAN ZIEGLER

21. SEPTEMBER 19.00 UHR HAU 1

Ein knappes Jahr nach Barack Obamas Amtsantritt geht die Veranstaltungsreihe „America Reloaded“ der Frage nach, wie viel Wandel die Politik des neuen US-Präsidenten bereits bewirken konnte. Zum Auftakt stellt der Schweizer Soziologe und ehemalige UN-Sonderberichterstatter Jean Ziegler sein Buch „Der Hass auf den Westen: Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren“ vor und diskutiert anschließend mit VertreterInnen internationaler Organisationen die Rolle der USA in der globalen Entwicklungszusammenarbeit.

Die Reihe „America Reloaded“ ist ein Projekt des Freundeskreises Amerika Haus Berlin, unterstützt durch die Bundeszentrale für politische Bildung.

VORTRÄGE VON CHANTAL MOUFFE UND HERFRIED MÜNKLER

24. UND 25. SEPTEMBER 19.00 UHR HAU 1

Chantal Mouffe plädiert für eine stärkere Positionierung rechter und linker Parteien im Sinne einer thematischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlich relevanten Fragen jenseits ökonomischer Interessen. Herfried Münkler argumentiert gegen die Selbstabschaffung demokratischer Instrumente durch die Verbreiterung demokratischer Rechte.

PLATTENSPIELER MIT THOMAS MEINECKE UND KLAUS THEWELEIT

24. SEPTEMBER 21.00 UHR HAU 1

Mit Hilfe ihrer Schallplattensammlungen gehen Klaus Theweleit und Thomas Meinecke politischen Aspekten in Musik und Coverästhetiken nach. Den Kulturtheoretiker und Autor (zuletzt „Jimi Hendrix“) Theweleit und den Autor, DJ und FSK-Musiker Meinecke verbindet eine lange Geschichte im gemeinsamen kommentierten Plattenauflegen. So bleibt zu erwarten, dass am Ende des Abends nicht nur „Anarchy in the UK“ und Bürgerrechtsjazz zu hören sein werden, sondern auch Musik als Strategie der Selbstdarstellung und -vermarktung thematisiert wird.

WALLENSTEIN – EINE DOKUMENTARISCHE INSZENIERUNG

RIMINI PROTOKOLL (HAUG/WETZEL)

25. UND 26. SEPTEMBER 20.00 UHR, 27. SEPTEMBER 19.00 UHR HAU 2

„Wallenstein“ von Rimini Protokoll ist ein Triumph des Castings, eine Collage fraprierender Gegenwartsfragmente und ein intelligenter Kommentar zu Schillers „Wallenstein“. Unter anderem steht der ehemalige Mannheimer CDU-Oberbürgermeister-Kandidat Dr. Sven-Joachim Otto auf der Bühne. Er berichtet, wie er aus populistischen Versatzstücken zum Kandidaten aufgebaut und dann von seiner eigenen Partei nicht gewählt wurde. Der Bericht ist Wort für Wort wahr, trotzdem spielt Otto unübersehbar Theater. Zur Bundestagswahl zeigt das HAU „Wallenstein“ zum letzten Mal.

Eine Produktion der 13. Internationalen Schillertage Mannheim, Nationaltheater Mannheim, Koproduktion Deutsches Nationaltheater Weimar. IV

AN ANTHOLOGY OF OPTIMISM

VON JACOB WREN & PIETER DE BUYSSE/CAMPO, GENT

25. UND 26. SEPTEMBER 20.00 UHR HAU 3

Jacob Wren und Pieter De Buysser interessiert in ihrem Projekt die Frage, wie und unter welchen Umständen Optimismus funktioniert. Gemeinsam formulierten sie Eigenschaften und Grenzen, die Optimismus definieren und wandten sich mit diesem Thema an ganz unterschiedliche Personen. Es wurden u.a. die Rezeptionistin der Nokia Zentrale in Finnland, russische Mafiosi, Philosophen wie Alain Badiou und Slavoj Žižek, Pop-Ikonen wie David Bowie, der bolivianische Gleichberechtigungsmminister und ein chinesischer Minenarbeiter eingeladen, ihre Ideen von Optimismus einzusenden, sei es in Form eines Bildes, eines Textes, eines Briefes oder eines Objekts.

Eine Produktion von CAMPO Gent in Koproduktion mit brut Wien, Camp X Kopenhagen, KunstenFestivaldesArts 2009 Brüssel und Linz09. Mit Unterstützung der Vertretung der Regierung von Québec.

X. REGIERUNGSBILDUNG DES KÖNIGREICHS KORETA

VON VOJISLAV KLAČAR, REGIE: VLATKO ILIĆ

26. SEPTEMBER 19.00 BIS 23.00 UHR EINLASS JEDERZEIT

Vojislav Klačar und Vlatko Ilić laden zur Teilnahme an der zehnten Regierungsbildung in ihrem fiktiven Staat namens „Koreta“ ein. Der bildende Künstler Vojislav Klačar hat seit seinem 13. Lebensjahr an der Entwicklung des fiktiven Staates „Koreta“ gearbeitet. Damals fanden die ersten Wahlen in Kroatien statt. Diesen Vorgang fand er so faszinierend, dass er ein Spiel entwickelte, um selber Wahlen abhalten zu können. Dafür gründete er den fiktiven Staat Koreta und erfand eine komplexe parlamentarische Demokratie mit einer vielfältigen Parteienlandschaft. Im Laufe der Jahre entstanden über 1000 Papierpuppen, die die Abgeordneten, also Repräsentanten des Staates Koreta verkörpern. Alle Entscheidungen in diesem Staat basieren auf Zufallsoperationen, die Klačar anschließend interpretiert: Das Territorium wurde ausgewürfelt, die Wahlen und Regierungsbildung folgen Ergebnissen von Kartenspielen. Anfänglich war Koreta eine Republik, durch ein Referendum wurde später eine Monarchie daraus. Der Regisseur Vlatko Ilić richtet für die verschiedenen Ereignisse in Koreta performative Installationen ein. Das Publikum betritt die Bühne des HAU 1 wie einen überdimensionalen Wahlautomaten: Auf der Bühne befindet sich das Herz des Automaten, an dem die Zuschauer ihre Stimme abgeben können. Drei Vorschläge für die Zusammensetzung der Regierung wurden durch Zufallsoperationen ermittelt und von Performern vorgestellt, der Staatsgründer Klačar stellt sich den Fragen der Kuratorin Stefanie Wenner. Um 18.00 Uhr führt Vojislav Klačar in die ereignisreiche Geschichte von Koreta ein und stellt wichtige Protagonisten der zukünftigen Regierung vor.

HURRA, WIR WÄHLEN NOCH!

DIE WAHLPARTY. GASTGEBER: PATRICK WENGENROTH

27. SEPTEMBER 21.00 UHR HAU 2. FOYER

An Wahltagen leben sie wieder auf: die Hoffnung und der Glaube an die guten alten Legenden von Demokratie und politischer Mitbestimmung des Einzelnen. Und das gilt es feste zu feiern – mit Häppchen und Motto-Luftballons, mit illustren Gästen, mündigen Bürgern und anderen Schauspielern, mit dir und mir und viel Live-Musik deutscher Zunge zum Thema. Hier kann sich das Wahlvieh in aller Freizügigkeit und Selbstbestimmung so richtig die Urne voll laufen lassen – und das ist auch gut so!

MONTAG, 21. SEPTEMBER

19.00 UHR HAU 1

AUF AUGENHÖHE? US-ENTWICKLUNGSPOLITIK UNTER BARACK OBAMA
LESUNG UND DISKUSSION MIT JEAN ZIEGLER
in Deutsch und Englisch

DONNERSTAG, 24. SEPTEMBER

19.00 UHR HAU 1

DEMOCRATIC POLITICS IN A POST-POLITICAL WORLD
LECTURE VON CHANTAL MOUFFE (POLITIKWISSENSCHAFTLERIN, UNIV. OF WESTMINSTER LONDON)
ANSCHL. DISKUSSION
in Englisch mit deutscher Simultanübersetzung

21.00 UHR HAU 1

PLATTENSPIELER
THOMAS MEINECKE UND KLAUS THEWELEIT

FREITAG, 25. SEPTEMBER

19.00 UHR HAU 1

WENN DIE HOFFNUNG ZUM DESASTER WIRD... ÜBER DIE ZERSTÖRUNG DER DEMOKRATIE DURCH DEMOKRATISIERUNG
VORTRAG VON HERFRIED MÜNKLER (POLITIKWISSENSCHAFTLER, HUMBOLDT-UNIVERSITÄT BERLIN)

20.00 UHR HAU 2

WALLENSTEIN - EINE DOKUMENTARISCHE INSZENIERUNG
RIMINI PROTOKOLL (HAUG/WETZEL)

20.00 UHR HAU 3

AN ANTHOLOGY OF OPTIMISM
JACOB WREN & PIETER DE BUYSSE/CAMPO, GENT
in Englisch

SAMSTAG, 26. SEPTEMBER

19.00 BIS CA. 23.00 UHR HAU 1
EINLASS JEDERZEIT

X. REGIERUNGSBILDUNG DES KÖNIGREICHS KORETA VON VOJISLAV KLAČAR, REGIE: VLATKO ILIĆ, BELGRAD

18.00 UHR HAU 1 FOYER

EINFÜHRUNG VON VOJISLAV KLAČAR UND VLATKO ILIĆ

20.00 UHR HAU 2

WALLENSTEIN - EINE DOKUMENTARISCHE INSZENIERUNG
RIMINI PROTOKOLL (HAUG/WETZEL)

20.00 UHR HAU 3

AN ANTHOLOGY OF OPTIMISM
JACOB WREN & PIETER DE BUYSSE/CAMPO, GENT

SONNTAG, 27. SEPTEMBER

19.00 UHR HAU 3

WALLENSTEIN - EINE DOKUMENTARISCHE INSZENIERUNG
RIMINI PROTOKOLL (HAUG/WETZEL)
INCL. AKTUELLER HOCHRECHNUNGEN

21.00 UHR HAU 3 FOYER

HURRA, WIR WÄHLEN NOCH!
DIE WAHLPARTY.
GASTGEBER: PATRICK WENGENROTH

AB 18.00 UHR WAU

WAHLERGEBNISSE FORTLAUFEND

KASSE

HAU ZWEI HALLESCHES UFER 32 10963 BERLIN
(TÄGLICH 12.00 - 19.00 UHR)
T. 030 - 259004 27 WWW.HEBBEL-AM-UFER.DE

PREISE

21., 24. UND 25.09. (VORTRÄGE: JEAN ZIEGLER / CHANTAL MOUFFE & HERFRIED MÜNKLER) 5 EURO, ERM. 3 EURO, 24.09. (PLATTENSPIELER) 8 EURO, 25.-27.09. (WALLENSTEIN) 18 UND 11 EURO, ERM. 7 EURO, 25. UND 26. SEPTEMBER (ANTHOLOGY OF OPTIMISM) 11 EURO, ERM. 7 EURO, 26.09. (KÖNIGREICH KORETA) 11 EURO, ERM. 7 EURO, 27.09. (HURRA, WIR WÄHLEN NOCH!) 7 EURO

WWW.HEBBEL-AM-UFER.DE

HAUEINS
HAU ZWEI
HAU DREI

HAU 1, STRESEMANNSTR. 29
HAU 2, HALLESCHES UFER 32
HAU 3, TEMPELHOFER UFER 10

IMPRESSUM

Hrsg. Heibel am Ufer
Künstlerische Leitung: Matthias Lilienthal (V.i.S.d.P.)
Kuratorin „Nach der Demokratie“: Stefanie Wenner
Produktionsleitung: Elisabeth Knauf, Anna Müller
Layout: Double Standards, Berlin
Druck: Henke Pressedruck

Medienpartner: die tageszeitung